

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Aufarbeitung des Stasi-Unrechts beschleunigen: Auswirkungen von IM der Stasi auf Berlin prüfen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf:

1. Der Senat soll im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung umfassend prüfen lassen,
 - a. wie viele ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in den Senatsverwaltungen und nachgeordneten Landesbehörden tätig waren,
 - b. wie viele ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes noch heute im gehobenen oder höheren Dienst beschäftigt sind,
 - c. welche Entscheidungs- und Einflussbefugnisse diese Mitarbeiter hatten bzw. heute noch haben und
 - d. wie viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses in den jeweiligen Legislaturperioden Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes waren.
2. Der Senat soll darüber hinaus ein Forschungsprojekt in Auftrag geben, das die Auswirkungen der Stasi-Spionage in den Senatsverwaltungen, nachgeordneten Landesbehörden und dem Berliner Abgeordnetenhaus auf West-Berlin und die Bundesrepublik Deutschland aufklären soll.
3. Dem Abgeordnetenhaus ist jährlich über den Fortgang der Untersuchungen zu berichten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2009 über den Stand der Beauftragung der wissenschaftlichen Untersuchung und des Forschungsprojektes zu berichten.

Begründung:

In diesem Jahr jährt sich die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR zum 20. Mal. Mit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 begann zugleich die Aufarbeitung des SED-Unrechts und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. So wie am 15. Januar 1990 die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, besetzten die Bürgerinnen und Bürger der DDR die Einrichtungen des Staatssicherheitsdienstes in vie-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

len Orten der DDR, um der Zerstörung und der Vernichtung von Unterlagen über die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes sowie der Opfer- und Täterakten entgegenzuwirken.

Fast zwei Jahrzehnte später sind Teile der Archive des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR noch immer nicht erschlossen. Immer weniger Mitarbeiter sind mit der tatsächlichen Erschließung der Akten betraut. Mit Hilfe neu erschlossener Datenquellen wie den Rosenholz-Dateien oder der SIRA-Datenbank konnten in den vergangenen Jahren wesentliche neue Erkenntnisse über Inoffizielle Mitarbeiter und deren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst gewonnen werden. Diese Datenquellen enthalten in großem Umfang bislang unbekanntes Material und führen dazu, dass die Stasi-Akten nunmehr vervollständigt und damit umfassend zur Aufarbeitung herangezogen werden können.

Der Staatssicherheitsdienst hat das Leben von Bürgerinnen und Bürgern beeinflusst, manipuliert, teilweise ruiniert und zerstört. Kollegen, Freunde und Nachbarn wurden systematisch bespitzelt. Zehntausende unschuldiger Menschen wurden in den Gefängnissen des Staatssicherheitsdienstes wie in Berlin-Hohenschönhausen Opfer von psychischer und physischer Gewalt. Das Interesse an den Stasi-Akten ist ungebrochen. Jeden Monat werden tausende neuer Anträge auf Akteneinsicht bei den Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Bund und Ländern gestellt. Das Wirken des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR beschränkte sich nicht nur auf das Territorium der DDR. Studien belegen, dass im Jahr 1989 vor dem Fall der Mauer wenigstens 3.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Staatssicherheitsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland aktiv waren. Von diesen Spionen hatten 449 den Status einer so genannten Objektquelle, einer besonders wichtigen und ergiebigen Quelle.

Der aktuelle Fall um Karl-Heinz Kurras hat besonders eindrücklich gezeigt, dass die Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes noch längst nicht abgeschlossen ist. Dass mit Kurras ein IM der Staatssicherheit die Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg abgab und die DDR damit – durch die Unterstützung oder sogar Anweisung zu diesem Attentat – möglicherweise aktiv in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingriff, ist erschütternd und geht über das bisher bekannte Ausmaß der Aktivitäten der Staatssicherheit weit hinaus. Der Fall Kurras zeigt darüber hinaus auch, in welchen besonderen Funktionen IMs in Berlin tätig waren. So war es paradoxerweise die dienstliche Aufgabe des IM Kurras, mögliche IMs innerhalb der West-Berliner Polizei aufzuspüren.

Es ist unabdingbar, künftig verstärkt zu erforschen, welche Verknüpfungen und Kontakte zwischen der Staatssicherheit und den Bediensteten der Landesbehörden, Senatsverwaltungen und Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin bestanden und welche Auswirkungen diese für das damalige West-Berlin oder die Bundesrepublik hatten. Die Arbeit der Bundes- und Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sind weitaus stärker als bisher zu unterstützen. Nur im Wege einer umfassenden Aufarbeitung kann Klarheit über die Aktivitäten der Staatssicherheit und deren Auswirkungen für Berlin geschaffen werden.

Berlin, den 16. Juni 2009

Meyer Jotzo Dr. Kluckert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP